

Abonnement f. Berlin: viertel. 1 R. 20 Gr., für ganz Preußen 2 R. 12 1/2 Gr.; für das übrige Deutschland 2 R. 24 1/2 Gr.

Bestellungen nehmen alle Postämter des In- u. Auslandes; f. Berlin d. Spree, Lindenstr. 51. Insetzter: die Zeitliche 2 1/2

Inhalt.

Deutschland. Berlin: die Erhaltung von Pässen nach der Thierlei; der Dafen am Nizza; Bundesgesetzgebungen. Kassel: aus der Kammer; der Militärstat. Hannover: aus Wittingen. Diben-berg: vom Landtage. Österreichische Kaiserthum. Wien: der laienliche Aufsichtswesen; die bevorstehende Ankunft des Königs von Preußen. Frankreich. Paris: die Wahlen; aus Alger. Großbritannien. London: Parlamentarische Verhandlungen; die Ankunft des Königs von Belgien. Italien. Turin und Genua: der Auslandsverkehr in Genua. Florenz: die Besorgnisse in Livorno. Neapel: der Angriff auf Vona und Capri. Dänemark. Kopenhagen: Koalition beim Schlagschiff. Berliner Nachrichten.

Deutschland.

Berlin, 6. Juli. Von der preussischen Gesandtschaft in Konstantinopel und den diesseitigen Konsulaten in der Türkei und in Aegypten ist, wie die „Zeit“ berichtet, wiederholt darüber gesagt worden, daß häufig mittellose preussische Unterthanen, besonders aus dem Hanoverischen, nach dem Orient kommen, in der unangenehmen Erwartung, dort leicht Arbeit oder Erwerb zu finden. Es geräth dadurch namentlich die Konsulate häufig in die Lage, dergleichen Personen, um sie nicht in das ägyptische Land verschicken zu lassen, theils zu unterhalten, theils für ihre Rücksendung in die Heimath zu sorgen. Ein weiterer Uebelstand ist, daß solche arbeitlose Handwerker theils in Trunkenheit und andere Laster verfallen und dadurch den Namen der Deutschen unter den Orientalen in Mißcredit bringen. Das Ministerium des Innern hat sich daher zu der Verfügung bemogen gefunden, daß in Zukunft bei der Ertheilung von Pässen nach der Türkei, mit größter Vorsicht zu verfahren und dergleichen an Personen, welche dort ihren Unterhalt zu erwerben denken, nur dann zu bewilligen seien, wenn von diesen entweder eine Berufung nach einem bestimmten Orte nachgewiesen werden kann, oder wenn nach den vorliegenden Verhältnissen sich erwarten läßt, daß der Betreffende in seinem Gewerbe ein Unterkommen in der Türkei finden werde.

Die in Rürnberg tagende Handels-Gesetzgebungs-Konferenz hat, wie der „R. C.“ berichtet, die erste Lesung der drei ersten Bücher des Handelsgesetzes vollendet und beschlossen, sich bis zum 15. September d. J. zu vertagen. Bei ihrem an diesem Tage stattfindenden Wiederzusammentritt wird die Konferenz zunächst die zweite Lesung jener drei Bücher in Angriff nehmen. Am 2. Juli sind die letzte Plenarsitzung der Konferenz statt; die Redaktions-Kommission bleibt jedoch in Rürnberg bis zur Vollendung ihrer gegenwärtigen Aufgabe, der Redigirung der erwähnten drei Bücher, beisammen.

Eine Mittheilung der „Sp. Bl.“ widerspricht der Angabe, daß die Verstaatlichung des Kriegsschiffbauens auf der Insel Rügen sich um 8 Millionen Thaler belaufen würde. Die „Sp. Bl.“ ist vielmehr im Stande aus „guter Quelle“ mitzutheilen, daß der hiesigen glänzenden Verhältnisse wegen kaum die Hälfte der obigen Summe beanprucht werden und voraussichtlich zur Verwendung kommen dürfte.

In der am 2. Juli abgehaltenen Bundesversammlung ging die Stimmgabe für die 16. Parie auf das Fürstenthum Liechtenstein über. In Folge einer von dem Grafen von Bayern und Württemberg erlassenen Anzeige genehmigte die Versammlung die von den beiden höchsten Territorialregierungen beantragte Einsetzung der Genie-Direktion der Bundesfestung Ulm, und es wird hiernach diese mit 1. August 1. J. in Wirklichkeit treten und die Leitung der in genannter Bundesfestung noch auszuführenden Bauten übernehmen. Auf Vortrag des Militär-Departements stellte die Versammlung den Etat für die Kanalenbedürfnisse der Bundesstädte-Kommission fest und wies ein jährliches Vorsum zu deren Vertretung an. Schließlich wurde die Wahl des Ausschusses vollzogen, der nach Maßgabe des in der letzten Sitzung erlassenen Beschlusses über die Auslegung einiger Bestimmungen der Geschäftsordnung gütlichen Bericht zu erstatten hat.

Kassel, 3. Juli. Nachdem von dem Finanzminister der zweiten Kammer zunächst auch der Bericht über den Militärstat für die laufende Finanzperiode in diesen Tagen vorgelegt und der Kammer vorgelegt worden war, hat dessen Verlesung in der heutigen öffentlichen Sitzung, welcher der Vorstand des Kriegsministeriums Oberst von Kallenberg persönlich unter Aufsicht des als Regierungskommissar fungirenden Oberlieutenant Kallmann von Gersdorff, demohat, ihren Anfang genommen. Die proponente Rechnungsart für die laufende Abtheilung des Budgets beträgt gegen die Jahre 1855—1856 jährlich die Summe von 273,750 Thalern, wovon 252,300 Thlr. auf den ordentlichen und 21,450 Thlr. auf den außerordentlichen Etat fallen, ungeteilt eine Nachforderung von 90,499 Thalern. aus den beiden vorhergehenden Finanzperioden. Diese beträchtliche Erhöhung der Ausgaben ist regierungsgemäß begründet theils durch die Steigerung der Preise für Rohmaterialien und Fourage in den letzten Jahren, theils durch die erforderlich gewordene Ausbesserung der unregelmäßig revidirten Bundeskriegsverfassung und durch die Beobachtung an die Bestimmungen eines den Ständen hiernächst vorzulegenden veränderten Rekrutirungsgesetzes.

Dem gegenüber weist der Ausschuss in seinem Bericht zuvörderst auf die Höhe des Militärstat, die unangünstige Finanzlage und die verpöbelte Budgetverträge als die allgemeinen bei Prüfung der Vorlage zu beachtenden Momente hin und bemerkt sodann in Beziehung auf die oben erwähnten Grundlagen der erhöhten Etatsforderungen, daß einerseits die fraglichen Bestimmungen der revidirten Bundeskriegsverfassung bis jetzt noch nicht publicirt seien und es an den erforderlichen bundesgesetzlichen Anordnungen zu deren Ausführung zur Zeit mangle, andererseits auch die in Aussicht gestellte Vorlage eines neuen Rekrutirungsgesetzes noch nicht erfolgt sei; daß aber unter diesen Umständen, und da eben eine Anwendung der seitigen Grundlagen nicht in der Absicht liegen könne, bei einer Weigerung von Positionen des Militärstat eine definitive Feststellung vorerst unzulässig sei und vorläufig ein anderes Anstaltsmittel zu einem formellen Abschluß des Etats gefunden werden müsse. In diesem Hede wird beantragt:

„Mit Rücksicht der in dem Etat vorzunehmenden, vorübergehenden Ausgaben“ die Beschlagsnahme über die auf eine veränderte Dienst- und Pensionsliste der Mannschaften gegründete Erhöhung verschiedener Militärstat bis zum Erscheinen eines neuen Rekrutirungsgesetzes zu beanstanden und es vor der Hand bei den Anträgen des künftigen Etats zu bestehen, daneben jedoch der Regierung die Bewilligung der Kammer zu ertheilen, so mit derselben über eine einstweilige zu beschließen, auf welcher auf Verweisung der Rekrutirung zu bestehen wären, die für den nach Eröffnung des Bundesstat noch liegen

unbedeutenden Theil der Finanzperiode durch eine etwa nicht aufzuhebende Erhöhung des Militärstat der Mannschaften nach dem oben Beherrschend angeführten Beschlusse der Bundeskriegs-Versammlung erwünschten könnten.“

Die gegen diesen Antrag und gegen die vorstehende Ausführung gerichteten Vorträge der anwesenden Vertreter der Militärbehörde vermochten den Ausschuss in seiner Ansicht nicht wandern zu machen und auch die Versammlung ertheilte nach längerer Debatte dem gestellten generellen Antrag ihre Zustimmung; worauf zur Diskussion der einzelnen Titel des Etats übergegangen wurde.

Hannover, 4. Juli. Der „Allg. Bl.“ wurde kürzlich von hier geschrieben, daß die städtische Polizei-Direktion in Göttingen dem Senatoren-Konvent geschrieben habe, die Regierung, von dem konservativen Sinne der Korporationen überzeugt, würde es gern sehen, wenn dieselben für den Kaiser von Rußland Spalier bilden, daß aber der Senatoren-Konvent sich einstimmig dagegen erklärte. In dem von derselben Korporation unter obigen Datum nachträglich erwandt, daß die Universität überhaupt keine Empfangsfeierlichkeiten für den Kaiser, angeblich auf dessen Wunsch, veranstaltete, bemerkt er, daß gleich nachher in der „Bl.“ für Norddeutschland, von welcher die Nachricht ausgeht, eine „Berichtigung“ erschien, unterzeichnet: „Die Polizei-Direktion, Hr. Riemschneider“, worin diese, erklärt, daß die Polizei-Direktion ein solches Schreiben überall nicht erlassen hat, und auf Grund des Bundesbeschlusses um Aufnahme dieser Berichtigung ersucht. Umgehend hat darauf der Senatoren-Konvent „im Interesse der Wahrheit, und lediglich in diesem, folgend am 28. Juni d. J. unter der Adresse eines Mitglieds des des zur Zeit im Senatoren-Konvent präsidirenden Korps eingelaufenen Briefes“ in der „Bl.“ v. Nord.“ veröffentlicht.

In den vorerwähnten Senatoren-Konvent dabei. Die städtische Regierung, Abweisung von dem konservativen Geiste, der bei den hiesigen Korps vorherrscht, wünscht eine Beteiligung derselben bei dem Empfang des Kaiser von Rußland, und würde es mit annehmlich sein, in einem solchen Fall die die Sache zusammen zu rufen. Senatoren-Konvent beschloß hierüber, mehrere Mitglieder zu wählen zu diesem Behufe, am 29. Juni 1857. Riemschneider, Senator der Polizei.

Das Siegel dieses Briefes trägt die Inschrift: Sigillum civitatis Göttingensium. Die Sache läuft darauf hinaus, daß nicht die Polizei-Direktion, sondern der „Senator der Polizei“ und zwar unter Vernichtung des städtischen Siegels, das Schreiben erlassen hat.

Oldenburg, 3. Juli. In Bezug des auf der Tagesordnung stehenden Berleppungsgesetzes ward in Verdrückung des Umstandes, daß diese schwierige Angelegenheit in der kurzen, dem Landtage noch zugemessenen Zeit nicht genügend geprüft und recht wohl dem kommenden Landtage zugewiesen werden könne, mit 19 gegen 17 Stimmen beschlossen, das Gesetz für jetzt in Genuß abzugeben. Ein daran geknüpfter Antrag des Abgeordneten Grono, daß die zur Erlangung des Berleppungsgesetzes sämtliche gegenwärtig noch obwaltende Praxen beseitigt werden müßten, gielt zwar zu einigen Erweiterungen Veranlassung, wird aber als höchst ungewöhnlich bezeichnet und darauf auch einstimmig verworfen. Das Schulgesetz für das Fürstenthum Läger wird in zweiter Lesung angenommen und dem regierungsgemäß gestellten Antrag, das Dienstverhältnis der Hauptlehrer der mehrklassigen Schulen und der Lehrer der einklassigen Schulen fest zu bestimmen in erster Lesung beschlossen 200 bis 200 Thaler hest. Cour. auf 150 bis 250 Thaler ausschließlich freier Wohnung und Garten schgelegt werden möge. (Wf. 3.)

Oesterreichischer Kaiserthum.

Wien, 4. Juli. Die italienischen Ursachen wurden erst heute auf der Börse bekannt, obwohl nicht ihrem vollen Umfange nach und nicht in dem Sinne, wie sie heute die „Oesterreichische Korrespondenz“ anführt, nämlich als ein kombinirtes, majusculisches Unternehmen. Inzwischen sind dieselben unbedeutend und wieder überläßt man sich dem trüblichen Glauben, daß selbst eine energische Bewegung in Italien nicht im Stande wäre, den allgemeinen Friedensstand nachhaltig zu stören, vorausgesetzt nämlich das Element der Spaltung sei nicht bereits zu bedeutender Größe im Ruche der europäischen Großmächte emporgewachsen. Den italienischen Partien ist die Sache der Anstalt, aber nicht die fortwährende Kraft der Bewegung eigen. Es ist nicht zu erwarten, daß die Majusculen den Umgebild nach Vermeidung der französischen Wahlen für nicht ungeeignet erachtet einen neuen Versuch zu versuchen. — Mit größter Befriedigung wird dem Besuche des Königs von Preußen entgegengegangen. Man erwidert allgemein in diesem Besuche ein Wohlwollen, allerdings vermuthet man, die jetzt großentheils schwermüthig vermisste Haltung dieses Wesens und Strebens im Anlande zu erwidern. Diesem steht mit noch größerer Bestimmtheit kann ich Ihnen melden, daß die Unionspolitiker in den Donauuferthälern höchst wahrscheinlich den Kämpfern ziehen werden, wenigstens haben sie auf die nachhaltige Unterstützung einer europäischen Großmacht kaum zu zählen; in dem Maße, als England seinen Widerstand gegen die Unionidee zu entwickeln beginnt, ziehen sich die anionistischen Rebinette mehr oder minder zurück, um die Dinge ihrem natürlichen Laufe zu überlassen, und die Richtung desselben liegt, man sage was man wolle, in der größtmöglichen Annäherung beider Cobilet ohne deren absolute Verschmelzung. — Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß eine russische Kavotte sich unter englischer Flagge der türkischen Küste näherte; die Mannschaft brachte einige thierische Fahrzeuge an und verbrannte den Dajar in Sandbaleh. Ceter Pascha hat hierüber Klage erhoben.

Wien, 5. Juli. Die die „Militär-Zeitung“ vernimmt, wird der Kaiser seine Reise durch Ungarn am 8. August wieder aufnehmen. — Nach den bisher getroffenen Anordnungen wird der König von Preußen Mittwoch dem 8. Juli mittels Nordbahn von Leipzig hier eintreffen, und am 10. Juli wieder nach Leipzig zurückkehren. Das Winterquartier wird der König im preussischen Gesandtschafts-Palais in der Altmühlstraße nehmen. Der preussische Oberst-Schloßhauptmann, Geheimrath Ludwig v. Remying ist bereits hier eingetroffen, um bezüglich der Ankunft des Königs Vorträge zu treffen. — Die „Oesterreichische Korrespondenz“ äußert sich über die Auslandsverhältnisse in Italien und spricht namentlich über die „unvermeidbare Thatsache“ ihrer Freude aus, daß „in welcher Zeit überall, wo die Männer der Unwissenheit ihre Arbeit ansetzen versuchen, die weltliche Abwegigkeit der Welt mit großer Aufmerksamkeits zu urtheilt, tren und eifrig der geschicktesten Staatsgewalt sich anschließt.“ — Der belgische Gesandte am hiesigen Hofe, Graf D'Almon, wird Mitte Juli nach Brüssel

reisen, um der am 27. d. M. dafelbst stattfindenden Vermählungsfeier des Erzherzogs Ferdinand Maximilian mit der Prinzessin Charlotte beizuwohnen. Aus Mailand wird gemeldet: eine von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten an den Grafen Archinto gesendete Privatdepesche beschleunigte die Abreise des letzteren nach Brüssel, wo seinem Vernehmen nach die Verlobungs-Ceremonie am 10. Juli um 11 Uhr Vormittags stattfinden wird. Graf Archinto hat seine Reise aber die Schweiz ohne Folge angetreten. — Die „Wiener Bl.“ meldet: Nachdem unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Nothwendigkeit entfällt, in Fällen der Wiedereröffnung von nach Amerika Ausgewanderten, die bisherigen ausnahmsweisen Bestimmungen fortzusetzen zu lassen, so wurde hohen Orts der Beschluß gefaßt, die mit der Verordnung vom 12. Februar 1853 publicirten Bestimmungen außer Wirksamkeit zu setzen, wonach von nun an die Befehle solcher Rekruten und die Wiedereröffnung in den österreichischen Staatsverban in Zukunft lediglich nach den einschlägigen allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zu behandeln sein werden. Der österreichische Generalconsul in Newyork hat am 15. v. M. mit dem Dampfer „Washington“ die Fahrt nach Europa angetreten. Diese Reise soll mit der Reorganisation der Ausfuhrung des von ihm herrührenden Briefes einer Dampferbindung zwischen Newyork und Triest in Verbindung stehen. — Sir Moses Montefiore ist von Jerusalem hier angekommen.

Frankreich.

Paris, 4. Juli. Noch einmal concentrirt sich das Tagesinteresse fast ausschließlich auf die morgen und übermorgen stattfindenden Wahlen. Es heißt, Herr Biéti habe einen Bericht über die Pariser Wahlen erstattet und darin gesagt, daß der Wahlsieg in Paris aller Wahrscheinlichkeit nach der Opposition zufallen werde. Der Wahlsieg soll als Ursache dieser Sachlage die Eintracht der Wähler bezeichnet haben; dieselben hätten Herrn Biéti zufolge die Bevölkerung zugesichert, indem man basin zu bestim die Wahl erlaube, den Wählern ihre Stimmen in Genuß der Regierung abzugeben. Man vermuthet, daß Casagnot nur mit unbedeutender Majorität würde gewählt, Olivier und Darimon dagegen entgegengesetzte Majoritäten erhalten werden. Die Regierungorgane schlagen die Gesamtheit der bei den diesmaligen Wahlen auf Oppositionskandidaten gestellten Stimmen auf 559,600 an und die der Regierungskandidaten auf 4,462,487; in letzter Zahl sind inofficielle 269,996 Stimmen einbezogen, welche als nicht-offizielle, obwohl angeblich regierungsfreundliche Kandidaten gefaßt sind. Es will und diese Art von Berechnung doch nicht ganz genau erscheinen. Will man auch auf Thone und Glauben jene Ziffer annehmen und ferner die 269,996 Stimmen nicht der Opposition zurechnen, so darf man letztere andererseits auch nicht der Regierung zurechnen. Die Regierung hat in Wirklichkeit nur 5,192,441 Stimmen erhalten, d. h. 26,200 Stimmen weniger als im Jahre 1856. Die reine Opposition mag bei den diesmaligen Wahlen verloren haben, daß sie sich eine neue Partei gebildet, welche, wenn ihre Politik sonst irgendwelche Bedeutung haben soll, sich nicht scheuen mag, der Regierung durch die und Thone zu folgen. Die Ansätze dieser selbständigen Partei sind bescheiden, allein es ist eben ein Anfang und insofern verdient er Beachtung.

Paris, 4. Juli. Nach einem Briefe aus Neapel vom 25. Juni war dort vielfach das Gerücht von einem neuen Attentat gegen das Leben des Königs verbreitet gewesen, und hatte dieses Gerücht seinen Grund in folgendem Vorfall. Der König war am 12. Juni eine Reise, als plötzlich ein Soldat aus der Reihe trat, um dem Könige eine Pistole zu überreichen. Der König wurde dadurch so erschreckt, daß er vom Pferde fiel und sich dabei den Fuß verletzete. — Die letzten Nachrichten aus Genua und Vorno melden, daß dort die Ruhe vollständig wiederhergestellt ist. In Vorno wurden fortwährend zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Herr von Dorn, der seit seiner Rückkehr beim Kaiser in Piemont verweilt hatte, ist heute Abend im Palazzo des gesetzgebenden Körpers eingetroffen. — Der Jubrag zu den Wäldern, um die Wahlkarten entgegen zu nehmen, war gestern und heute sehr stark und es hat den Anschein, als ob die Theilnahme an den Wahlen noch bei Weitem stärker sein wird als vor 14 Tagen. In der Regierungskreisler affektirt man heute eine große Sicherheit und rechnet mit Bestimmtheit auf den Sieg der offiziellen Kandidaten. Es ist wahr, daß eine ungewisse Thätigkeit für diesen Zweck aufgebracht worden ist, allein die ungeschickte Plemit der Regierungorgane wird vielleicht besonders dazu beitragen, um den Herren Casagnot, Olivier und Darimon den Sieg zu verleihen. In der That haben die halböffentlichen Journale, mit Ausnahme derjenigen der „Patrie“, bei Gelegenheit der Wahlen eine so eifrigste Unthätigkeit und befanden einen so unverständlichen Wandel an Takt gezeigt, daß mehreren unter ihnen dasselbe Schicksal wie verschiedenen Präsidenten und Unterpräsidenten droht.

Paris, 4. Juli. Der „Constitutionnel“ bringt einen weiteren sehr heftigen Angriff auf die Kandidaten der liberalen Koalition. Er sagt, die Anhänger Edouard Rollin's, welche er als revolutionäre Montagnards bezeichnet, die militärischen Socialisten Louis Blanc's, die Republikaner des „National“ und die ehemaligen Liberalen hätten sich zu einem abscheulichen Bündnis vereinigt. Man führe eine dreifache Sprache. Zu den Liberalen sage man: „Stimmt für unsere Kandidaten, wir wollen die Regierung belehren.“ Den Republikanern sage man: „Stimmt, wir wollen die Regierung ändern.“ Und den Socialisten sage man: „Stimmt, wir wollen eine jede Regierung vernichten.“ Der „Constitutionnel“ ergeht sich dann in Angriffen auf die Verantwortlichkeit der Kandidaten, die großentheils auf völlig entstellten Thatsachen beruhen. — Der italienische Anstalt kommt den offiziellen Nachrichten die dortigen Ereignisse im höchsten Maße. Ihren Nachrichten zufolge hat auch in Vorno auch nach dem Auslandsvertrieb in der Romagna stattgefunden. Der „Constitutionnel“ spricht sich von einer Bewegung in Carrara, wovon sonst nichts etwas verläutet. Die französische Polizei hat auf der Grenze ein Waffen-Depot, das nach Nizza geschickt werden sollte, entdeckt und mit Beschlag belegt.

Der „Moniteur“ veröffentlicht 5 laienliche Depesche aus Piemont vom 2. Juli; sie betreffen die Ernennung des Grafen Moroz zum Präsidenten, der Herren Schneider und Reuiz zu Vice-Präsidenten und der Herren Baron Cast-Biney und Oberst zu Oudronen des gesetzgebenden Körpers. — Vorgestern ist Baron Fougère de Goudes, Ceremonienmeister und Einspänner der Gesandten, nach Petersburg abgereist. Derselbe ist Ueberbringer der Ratifikation des Handelsvertrages zwischen Frankreich und Rußland. Nebenbei scheint blo